DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

I 7 – 071

„Das Wichtigste zuerst: Ein Leben in Menschenwürde“

Information aus der Landesvorstandssitzung vom 15. Mai 2020

Das Wichtigste zuerst: Ein Leben in Menschenwürde

Die Corona-Pandemie ist allgegenwärtig. Sie trifft Menschen auf allen Kontinenten und damit unter ganz verschiedenen gesellschaftlichen Bedingungen. Sie berührt nahezu alle Lebensbereiche - von den sozialen Fragen bis zur Wirtschaft, von der Kultur bis zur demokratischen Beteiligung, von der Bildung bis tief hinein in die Familien. Und selbstverständlich ist sie vor allem eine Bedrohung der Gesundheit und des Lebens eines jeden Einzelnen selbst.

Diese Pandemie ist noch längst nicht überstanden. Es ist uns in Deutschland gelungen mit den ergriffenen Maßnahmen und erheblichen Kraftakten im Gesundheitssystem, die Kurve flach zu halten und dessen Überlastung zu verhindern. Dennoch stehen wir immer noch am Anfang der Pandemie. Die Gefahr ist noch längst nicht gebannt, eine zweite Infektionswelle ist weiterhin möglich. Über das Virus ist immer noch wenig bekannt. Es gibt weder Medikamente, noch Impfstoff oder einen zuverlässigen Antikörpertest.

In den vergangenen Tagen mehrten sich die Nachrichten über Proteste gegen die öffentlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie. Oftmals sind es nur wenige Menschen, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen, in manchen Orten sind es mehrere Tausend. Für DIE LINKE. Sachsen ist klar, dass auch in Zeiten einer tiefgreifenden und umfassenden Krise wie dieser die demokratischen Rechte nicht ausgesetzt sein dürfen. Die politische Meinungsäußerung und Willensbildung sind gerade jetzt wichtig. Darüber hinaus kritisieren wir auch, dass die Entscheidungen über Einschränkungen und andere Maßnahmen in der Krise zu stark an den Parlamenten vorbei getroffen worden sind. Das muss sich ändern – das Parlament als zentraler Ort der politischen Willensbildung und -artikulation in einer Demokratie muss bei so weitreichenden Maßnahmen am Entscheidungsprozess beteiligt sein. Viel zu stark sind die sozialen Folgen insbesondere für Menschen mit geringen Einkommen, viel zu deutlich die Bedrohung von Hunderttausenden Arbeitsplätzen, viel zu tief die Verwerfungen im Zusammenleben - all dies muss zum Ausdruck gebracht werden können mit den damit verbundenen Interessen. Denn diese Krise und ihre Folgen werden bei weitem nicht so zügig vorübergehen, wie sie eingetreten sind. Vielmehr werden die sozialen Verwerfungen lange zu spüren sein - für die Mehrheit der Menschen.

Dass die Krise und ihre Folgen so verheerend sind, liegt nicht zuletzt am neoliberalen Umbau von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft seit mindestens 30 Jahren. Wichtige Bereiche, wie das Gesundheits- oder Bildungssystem, waren schon vor der Krise auf Kante genäht und können nun nicht ohne Weiteres auf die Herausforderungen der Krisensituation umgestellt werden, was wiederum diejenigen am härtesten trifft, die am meisten auf einen funktionierenden (Sozial-)Staat angewiesen sind. Lehrkräfte für einen Schichtbetrieb an den Schulen können nicht von heute auf morgen bereitgestellt werden und auch mangelnde Investitionen in den Krankenhäusern in den vergangenen Jahren rächen sich jetzt. Das liegt in der Natur eines Systems begründet, dass jahrzehntelang bedingungslos, unter dem Vorzeichen höchstmöglicher Profitmaximierung, dem Markt dem Vorrang gegenüber dem Öffentlichen gegeben hat. Es ist keine Verschwörung dunkler Mächte, sondern Resultat der Hegemonie einer politischen

Ideologie, die von einer Mehrheit der Gesellschaft mitgetragen wurde, jetzt in der Krise aber, ob ihrer offenkundig erwiesenen Untauglichkeit, zu bröckeln beginnt.

Das Alte stirbt, frei nach Gramsci, zwar, das Neue ist aber noch nicht zur Welt gekommen: Die Kosten der Krise werden derzeit weiterhin in alter Manier vor allem von den vielen bezahlt, die ihren Lebensunterhalt nicht aus üppigen Dividenden, riesigen Erbschaften oder großen Boni bestreiten. Gleichzeitig fordern Unternehmen staatliche Unterstützung, die ihren Anteilseigner*innen Gewinne ausschütten, ihren Manager*innen teilweise unanständig hohe Sondervergütungen auszahlen oder die sogar jeden erdenklichen Weg der Steuervermeidung bis hin zur Steuerflucht begehen. Schon wieder zeigt sich: Verluste werden der Allgemeinheit aufgedrückt, die Gewinne aber fließen in die ohnehin vollen Taschen weniger.
Dieser eklatante Widerspruch wird sich nicht von selbst auflösen. Es bedarf ganz erheblichen politischen Drucks, um die Kosten der Krise gerecht aufzuteilen. Das heißt für uns: die (wirtschaftlich) stärkeren Schultern müssen auch deutlich mehr Last tragen. Deshalb steht DIE LINKE in den jetzt bereits beginnenden Verteilungskämpfen auf der Seite der Vielen, der Arbeitnehmer*innen, der Alleinerziehenden, der Rentner*innen und vielen mehr. Der öffentliche Sektor – von den Schulen über die Krankenhäuser bis hin zum Öffentlichen Gesundheitsdienst – muss wieder gestärkt, Privatisierungen von existenziell wichtigen Bereichen der Daseinsvorsorge rückgängig gemacht werden.

Wir setzen uns deshalb ein für einen **Lastenausgleich**, mit dem insbesondere die großen Vermögen zur Bewältigung der Krisenfolgen herangezogen werden sollen. (Immerhin stiegen 2019 die privaten Geldvermögen auf über 6 Billionen Euro - und diese sind extrem ungleich verteilt, der größte Teil liegt bei den reichsten 10%)
Dieser Lastenausgleich soll einen Beitrag dazu leisten, die notwendige und zügige Finanzierung der staatlichen Maßnahmen zur Krisenbewältigung zu finanzieren. Ohne diesen droht eine Staatsschuldenkrise wie vor einem Jahrzehnt, die in einer Kürzungswelle auf Kosten der sozialen Sicherungssysteme, der Renten, der demokratischen Beteiligung, der Kultur und Bildung münden würde. Wir setzen uns deshalb für eine dauerhafte Stärkung der Öffentlichen Güter und unserer Gemeinden ein.

Eine ganze Reihe der auf die Corona-Pandemie bezogenen Proteste der letzten Wochen stellt jedoch anderes in den Mittelpunkt: die Suche oder Identifizierung von vermeintlich „Schuldigen“ oder „Nutznießern“, die Ablehnung auch wissenschaftlicher Erkenntnisse verbunden mit einer Scheinaufklärung über vermeintlich „wahre Zusammenhänge“. Oft wird all dies mit möglichst einfachen Deutungsmustern und oftmals haarsträubenden Behauptungen über ein angebliches (Welt-)Herrschaftsstreben irgendwelcher Personen oder Gruppen verknüpft. Allfällig bekannte Akteur*innen aus dem rechten Spektrum treffen hier auf Impfgegner*innen, verwirrte Halbprominente und esoterisch orientierte Menschen. Manchmal sind auch von der Krise hart betroffene Menschen dabei, die ihren Problemen dort Ausdruck verleihen wollen. (Im Anhang einige weiterführende Links mit entsprechenden Beispielen und analytischem Handwerkszeug) Selbstverständlich ist es erlaubt, auch diese Art von Botschaften zu verkünden. Niemand verbietet das, in den sozialen Medien gibt es ausreichend viele Kanäle dieser Art, auch öffentliche Kundgebungen sind im Rahmen der pandemiebedingten Einschränkungen möglich.

Wir LINKE in Sachsen halten den Inhalt dieser Art von Kundgebungen, Demonstrationen oder „Spaziergänge“ vor allem deshalb für abseitig, weil sie von den tiefgreifenden sozialen, ökonomischen, kulturellen und demokratischen Problemen ablenken. Was dort verkündet wird, ist in vielen Fällen nicht einfach nur falsch und irreführend. Vielmehr vergiftet es die notwendigen politischen Auseinandersetzungen, die mit jeder Woche der Krise wichtiger werden. Die Beschäftigung mit Fantastereien über vermeintliche Weltherrschaftspläne darf die realen gesellschaftlichen Interessenkonflikte nicht überdecken.

Die Lösung der gegenwärtigen Krise und ihrer Folgen braucht Abstand. Abstand im Sinne des Infektionsschutzes, Abstand vom Gedanken eines kapitalistischen „Weiter So“ und Abstand von kruden Verschwörungsmythen, Falschinformationen und Antisemitismus.

DIE LINKE. Sachsen stellt deshalb das **„Leben in Menschenwürde“** in den Mittelpunkt. Wir betonen damit den Gedanken der Solidarität, die in jeder Hinsicht zuerst jenen gelten muss, die am stärksten von der Corona-Pandemie und ihren Folgen betroffen sind. Das gilt für das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit - denn gefährdet sind zwar alle Menschen, aber Personen mit Vorerkrankungen oder körperlichen Defiziten bedürfen besonderen Schutzes und dürfen damit nicht allein gelassen werden. Das gilt für die demokratische Teilhabe - denn gerade in Interessenkonflikten ist die öffentliche politische Auseinandersetzung zwingend nötig. Das gilt für Menschen mit niedrigen Einkommen, für Menschen, deren Arbeitsplatz bedroht ist, für alleinerziehende Eltern, für ältere Menschen - für all jene, die von tiefgreifenden Einschränkungen durch diese Krise betroffen sind. Ein „Leben in Menschenwürde“ ist mehr als das reine Überleben, mehr als soziale Sicherheit - aber ohne diese nicht denkbar. Es umfasst Kultur, Bildung und Teilhabe, es braucht sozialen Zusammenhalt und Gemeinschaft. Wir wissen um die Widersprüche, die gerade in diesen Zeiten offen zu Tage treten. Und dass die vermeintlich „ganz einfachen“ Lösungen wahrscheinlich weder einfach sind noch wirksam. Und deshalb kämpfen wir gerade jetzt für eine solidarische Gesellschaft - darunter ist es nicht zu machen.

Anhang

Infoseite der BAG Antifaschismus mit vielen weiteren Infoquellen: https://www.bag-antifaschismus.de/nc/start/beitraege/detail/news/zum-umgang-mit-fakenews-und-verschwoerungstheorien-zur-corona-pandemie/

Correctiv Faktencheck zu Corona: https://correctiv.org/faktencheck/coronavirus/

Sächsische AfD und Corona-Demos: https://idas.noblogs.org/?p=1592

Interview Bodo Ramelow: https://taz.de/Bodo-Ramelow-ueber-Corona-Skeptiker/!5681547/

Infos zu “Widerstand2020”: https://idas.noblogs.org/?p=1556#more-1556

F.d.R.

Dresden, 15. Mai 2020

Janina Pfau

Janina Pfau
Landesgeschäftsführerin